

## Informationen aus dem NÖ Landtag



**Landtagssitzung  
vom 2. Juli 2009**

Am Beginn der Sitzung stand die Angelobung des neuen Mitgliedes des Landtages Herbert Thumpser (SPÖ).

Der Antrag der FPÖ die Aktuelle Stunde zum Thema „**Kriminalitätsexplosion in Niederösterreich – es ist Zeit für einen grundsätzlichen Wandel in der Sicherheitspolitik**“ am Beginn durchzuführen wurde mit den Stimmen der ÖVP abgelehnt. Die Aktuelle Stunde findet somit am Ende der Sitzung statt.

Weiters erfolgte ein Antrag der Grünen zum Thema: Abschaffung des Proporz in der NÖ Landesregierung.

*Der Antrag unterstützt und wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen an den Rechts- und Verfassungsausschuss zugewiesen.*

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Änderung des NÖ Kinderbetreuungsgesetzes**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/289/289.htm>

LAbg. Ing. Huber forderte eingangs seiner Rede dazu auf, diese Diskussion nicht auf dem Rücken der Kinder zu führen. Weiters forderte Huber Chancengleichheit für alle Kinder und sprach sich dafür aus, Kinder entsprechen ihren Begabungen zu fördern. Die Problematik der mangelhaften Deutschkenntnisse der Kinder lässt sich nach Ansicht Hubers aber nicht durch ein verpflichtendes Kindergartenjahr lösen. Dazu sei der Anteil an Kindern von Einwanderern mittlerweile zu groß. Die Zuwanderung würde damit zu immer höheren Kosten und Risiken für den Staat und zur immer offensichtlicheren Unterwanderung der christlich-abendländischen Kultur unseres Landes führen. Um diesen verhältnissen Gerecht zu werden forderte Huber sich ein Beispiel an der Lösung des deutschen Bundeslandes Hessen zu orientieren. Dort werden Kinder mit Migrationshintergrund, ein Jahr vor der Einschulung einem Deutschtest unterzogen.

Sind keine ausreichenden Deutschkenntnisse vorhanden, so müssen die Kinder in speziellen Sprach-Kindergärten geschult werden. Ältere Kinder von Zuwanderern müssen in Kursen die deutsche Sprache lernen, bevor sie am Unterricht teilnehmen

können. Insgesamt darf jedoch der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund im Regelschulwesen den Wert von 30% nicht überschreiten. Als Skandal bezeichnete Huber den Vorschlag der ÖVP, auf weibliche Lehrer zu verzichten und primär Männer der zweiten und dritten Zuwanderergeneration als Lehrer anzustellen, „weil vor allem türkische Buben zuerst gleichgeschlechtliche Orientierung brauchen“. Das sei eine Kapitulation vor dem Diktat einer falsch verstandenen Integration. Huber forderte, dass Sozialleistungen, wie der Gratis Kindergarten nur für österreichische Staatsbürger gelten soll. Es könne nicht angehen, dass jeder Zuwanderer ab dem ersten Tag seines Hierseins mit vollen Händen in den Sozialtopf der Österreicher greift. Ebenso abzulehnen sei der verpflichtende Kindergartenbesuch. Denn dadurch wird die Wahlfreiheit der Eltern eingeschränkt. Man muss auch jene Familien unterstützen, die ihre Kinder selbst betreuen wollen. Huber warnte in diesem Zusammenhang davor, dass durch die frühzeitige Kinderbetreuung durch Fremde die Weitergabe von traditionellen, familiären Werten auf der Strecke bleiben würden.

*Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/298/298.htm>

*Der Antrag wurde von VP, SP und Grünen angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/297/297.htm>

*Der Antrag wurde von VP, SP und Grünen angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/301/301.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Umsetzungsmaßnahme NÖ Klimaprogramm 2009-2012***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/310/310.htm>

Abgeordneter Sulzberger sagte dazu, dass die Verpflichtung zur Abnahme von elektrischer Energie aus Photovoltaikanlagen zu den verordneten Preisen zur Voraussetzung hätte, dass 50% der erforderlichen Aufwendungen für die Abnahme aus Mitteln des Landes getragen werden. Das derzeitige Fördermodell für Photovoltaikanlagen basiere auf einem einmaligen nicht rückzahlbaren Zuschuss und wird nur bei Eigenheimen gewährt. Die vorliegende Umsetzungsmaßnahme würde einen, mit Verordnung festgelegten Preis, je Kilowattstunde gelieferter elektrischer Energie, vorsehen. Die Förderung wird auf die Dauer von 10 Jahren gewährt, im 11. Jahr werden 75% und im 12. Jahr 50% des verordneten Preises entrichtet. Das ist Sulzberger zufolge zu wenig. Der Abgeordnete verwies auf die Wichtigkeit erneuerbare Energie zu fördern, merkte aber auch an, dass es dazu auch einer Willenserklärung der Politik bedarf. Sollten die einspeisetarife nicht attraktiver gestaltet werden, wird sich auch kaum ein Durchbruch auf diesem Sektor abzeichnen.

*Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Umwelthaftungsgesetz***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/311/311.htm>

LAbg. Sulzberger sagte, dass die vom Bund hinausgezögerte Umsetzung dieser EU-RL hat der Republik Österreich beim Europäischen Gerichtshof eine Verurteilung wegen Vertragsverletzung eingebracht. Bereits Ende 2007 hätte die RL umgesetzt sein müssen. Selbst die Nachfrist wurde nicht eingehalten. Von den Mitgliedsländern haben nur Italien, Lettland und Litauen fristgerecht eingereicht. Dieses Umwelthaftungsgesetz behandelt den komplexen Bereich der Biodiversität, also die biologische Vielfalt.

*Der Antrag wurde mit den Stimmen der FPÖ angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/313/313.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/312/312.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/314/314.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/316/316.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/309/309.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973, sowie der Gemeinderatswahlordnung***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/299/299.htm>

Abgeordneter Sulzberger erklärte eingangs seiner Rede den organisatorischen Aufbau der Gemeindestrukturen. Betreffen der anstehenden Änderungen in der Gemeindeordnung plädierte Sulzberger dafür, die Lehren aus den gescheiterten Finanzmarktspekulationen von Ländern und Gemeinden zu ziehen. Er verwies darauf, dass öffentliche Gelder keine Spekulationsgelder sind, sondern mündelsicher veranlagt werden müssen. Für Sulzberger gehen daher auch die Änderungen in der Gemeindeordnung zu wenig weit. Er kündigte daher an dass die FPÖ dieser Änderung nicht zustimmen werde. Im Hinblick auf die

Änderung der Gemeinderatswahlordnung kritisierte die FPÖ die Einführung der Briefwahl und die damit einhergehende Gefährdung des Wahlgeheimnisses.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/01/134/134.htm>

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/300/300.htm>

*Die Anträge würden gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2008, sowie der Berücht über die Beteiligungen des Landes.***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/294/294.htm>

LAbg. Sulzberger kritisierte, dass sich der Rechnungsabschluss in vielen Bereichen nicht mit den Voranschlags-

summen deckt und deshalb die Verantwortlichen vor die Situation stellt, ihre Ziele bei weitem nicht erreicht haben. Deshalb stellte Sulzberger auch fest, dass die Budgetdisziplin nicht eingehalten wurde. In seiner Beurteilung sagte Sulzberger abschließend, dass sich der Freiheitlich Klub im NÖ Landtag nicht in der Lage sieht, dem Rechnungsabschluss zuzustimmen. Es sei weder ein Sparwillen, sondern ein Fortschreiben der Schuldenpolitik zu erkennen gewesen, darüberhinaus hätte man diese durch die Lockerung der Maastrichtkriterien sogar noch ausgeweitet. Nicht umsonst würden auch schon zahlreiche Experten davor warnen, dass die Schuldenpolitik von heute dem öffentlichen Haushalt der nächsten Jahrzehnte nachhängen wird.

KO Waldhäusl erklärte in seinen Ausführungen, dass die FPÖ dem Rechnungsabschluss von LH Stv. Sobotkas Budget nicht zustimmen werde und sagte „Dieser Rechnungsabschluss bestätigt nur die grausliche Schuldenpolitik Sobotkas auf dem Rücken der Niederösterreicher!“

Weiters bezog sich Waldhäusl auf die aktuellen Vorgänge rund um den Bau des neuen Flughafenterminals Skylink.

Waldhäusl kritisierte die politische Einflussnahme am Flughafen, die offenbar dazu geführt hat, dass 400-500 Millionen Euro Mehrkosten auf die Eigentümer und somit die öffentliche Hand zukommen. Angesichts dieses Skandals forderte der Klubobmann eine sofortige Prüfung durch den Rechnungshof und brachte einen entsprechenden Antrag ein.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/291-1/291-1.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

LAbg. Tauchner sprach zum EU Bericht und sagte, dass die Rückflüsse aus der EU bei weitem nicht so hoch sind, wie immer behauptet wird. Er warnte auch davor, dass sich NÖ die anfallenden Beiträge in der Höhe von 500 Mio € nicht leisten kann. Tauchner sprach sich vehement dagegen aus, die Türkei in die EU zu holen und die Kosten innerhalb der EU weiter zu erhöhen. Er erklärte, dass die FPÖ diesbezüglich auf der Seite der steuerzahlenden Bevölkerung steht und dafür eintritt, dass die Bürokratie in Brüssel

gestraft wird. Tauchner warnte in diesem Zusammenhang auch davor, dass sich die EU immer mehr zu einer Kopie der USA entwickelt und wies auf die damit verbundenen Gefahren hin. Dabei vor allem das Problem der vielen verschiedenen Mentalitäten.

Gerade angesichts dieser Probleme ist es daher auch wichtig, den Lissabon einer Volksabstimmung zu unterziehen. Bereits in Deutschland hat man mittlerweile erkannt, dass dieser Vertrag sehr stark in nationales Recht eingreift und daher noch abgeändert werden muss. Abschließen erklärte Tauchner, dass gerade Österreich als Nettozahler umfassende Rechte in der EU haben sollte und dazu gehört auch eine Reduktion der Beitragszahlungen angesichts der schlechten Wirtschaftslage.

*Der Rechnungsabschluss wurde nur mit den Stimmen der ÖVP beschlossen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/291/291.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/292/292.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/293/293.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/284/284.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Neubau Landeskrankenhaus Thermenregion Neunkirchen***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/290/290.htm>

LAbg. Tauchner begrüßt die Entscheidung das LKH Neunkirchen neu zu errichten. Er kündigte an, dass die FPÖ NÖ voll hinter den Investitionen in der Höhe von 158 Millionen Euro steht, mit einer Baureserve erhöht sich dieser Betrag sogar noch auf 164 Millionen Euro. Tauchner forderte seitens des Landes Niederösterreich aber auch ein, dass die Abrechnungen des Neubaus transparent und nachvollziehbar sein müssen. Angesichts vieler bekannt gewordener Fehlplanungen wies Tauchner daher auf die Wichtigkeit eines durchdachten Konzeptes im Vorfeld der Bauausführung hin. Abschließend forderte Tauchner für das neu entstehende Haus auch ein entsprechendes Management, nur so könne diese Investition auch optimal genutzt werden.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/317/317.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/318/318.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/319/319.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/302/302.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/303/303.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/304/304.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/305/305.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/307/307.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/308/308.htm>

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/271/271.htm>

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/272/272.htm>

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/272-1/272-1.htm>

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/322/322.htm>

LAbg. Ing. Huber sagte, dass sich die Bevölkerung um die weitere Entwicklung im Gesundheitssystem sorgt. Diese Sorge sei laut Huber auch begründet, da man die Qualität des Systems Stück für Stück nach unten nivelliert und daher diese Unsicherheit fördert. Vor allem die geplanten Änderungen im Bereich Hausarzt und Hausapotheke werden durchgehend negativ bewertet.

Huber verweist dabei auf die vielen, vor allem älteren Patienten, die nur durch die Behandlung eines Hausarztes vor Ort einen Spitalsaufenthalt vermeiden können. Die Änderungen im Gesundheitssystem würden daher einen tiefen Einschnitt in die ländliche Infrastruktur darstellen. Als abschreckendes Beispiel für eine gescheiterte Gesundheitsreform brachte er das Bei-

spiel Großbritanniens. Huber schlug daher vor, in Zukunft der Prävention eine noch größere Bedeutung zuzumessen, da damit ein hohes Maß an Behandlungskosten eingespart werden könnte.

Den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds Bericht nahm Huber zur Kenntnis, forderte aber zukünftig eine schnellere Übermittlung des Berichts, sowie mehr Kontrollmöglichkeiten für den Landtag..

*Alle Anträge wurden mit den Stimmen von VP, SP und FP angenommen.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung betreffend Änderung des NÖ Kanalgesetzes 1977 auf Antrag der FPÖ***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/01/136/136.htm>

LAbg. Sulzberger verwies auf den eingebrachten FPÖ Antrag und schilderte in seinen Ausführungen die derzeitige Zusammensetzung der Kanalgebühren und die Begründung dazu. Er kam dabei zum Schluss, dass die derzeitige Regelung unsozial ist und nannte eine Reihe von Alternativmöglichkeiten, die auch schon im Ausschuss diskutiert

wurden. Er bedauerte, dass diese Möglichkeiten, etwa die Verrechnung der Gebühren mittels Abwasserzähler nicht einmal durch entsprechende Experten geprüft wurden, Die Argumente gegen die Änderung der Kanalgebühren seien seit Jahren dieselben und nach wie vor nicht schlüssig. Sulzberger sagte, dass auch in anderen Bundesländern Mischformen der Berechnung angewendet würden und dass die Kommunen auch dort keine Probleme mit ihren Abwasserverbänden hätten. Dort schafft man es aber die Gebührenverrechnung zumindest sozial treffsicher zu gestalten. Sulzberger ärgerte sich abschließend über den Verhandlungsunwillen der ÖVP und bezeichnete diese als NJET-Partei.

Klubobmann Waldhäusl sagte zu dieser Angelegenheit, dass er es einerseits schade fände, dass die ÖVP auch diesen Vorstoß für eine soziale und gerechte Gestaltung der Kanalgebühren ablehnt. Andererseits würde diese Haltung aber auch zeigen, dass die ÖVP gar nicht daran interessiert ist, den Menschen in diesem Land das Leben einfacher zu machen. Er verwies darauf, dass die Ungerechtigkeit ja nicht nur eine Wahrnehmung der FPÖ sei, sondern dass es ja mittlerwei-

le auch einige Beschwerden bei der Volksanwaltschaft gibt. Waldhäusl sagte, dass der FPÖ natürlich klar sei, dass die Kosten für die Abwasserbeseitigung aufgebracht werden müssten, dennoch dürfe die derzeitige Lösung nicht das Amen im Gebet sein. Er forderte den Landtag auf, sich die Regelungen anderer Bundesländer nochmals anzusehen und doch noch zu einer Reform des derzeitigen Systems zu kommen.

*Die Antrag wurde VP, SP und Grünen abgelehnt.*

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Veranlagung des Landes Niederösterreich, Richtlinien***

Antrag ÖVP:

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/324/324.htm>

Antrag von FPÖ und SPÖ:

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/281/281.htm>

KO Waldhäusl kritisierte den ÖVP Antrag scharf und sagte dass die FPÖ

einen geordneten Rückzug aus diesen Geschäften verlangt und nicht die Lizenz zum weiterzocken geben wird. Dazu brachten FPÖ und SPö auch einen entsprechenden Antrag ein. Der ÖVP-Antrag sei lediglich ein Freibrief für LH Stv. Sobotka sich weiterhin ins internationale Finanzcasino zu setzen. Diese Linie könne und wolle die FPÖ nicht mittragen. Abschließend kündigte Waldhäusl an, dass man sich den weiteren Verlauf der Veranlagungsgeschäfte genau ansehen werde und die Gewinne bzw. Verluste jedes Jahr genau bewerten wird.

*Der ÖVP Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und Grünen angenommen, der FPÖ-SPÖ Antrag von diesen abgelehnt.*

### **Neuregelung im NÖ Gemeindevertragsbedienstetengesetz – Bestellung von Musikschulleitern**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/320/320.htm>

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

***Als nächster Tagesordnungspunkt folgte die Aktuelle Stunde der FPÖ zum Thema „Kriminalitätsexplosion in Niederösterreich – es ist Zeit für einen grundsätzlichen Wandel in der Sicherheitspolitik“.***

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/02/296/296.htm>

KO Stv. Königsberger verwies anhand vieler Medienberichte auf die derzeitige Kriminalitätsexplosion in Niederösterreich und bedauerte, dass der ÖVP die aktuelle Stunde offenbar nicht wichtig genug war, um sie, wie gewohnt am Anfang der Sitzung stattfinden zu lassen. Königsberger verwies darauf, dass es in den ersten 4 Monaten dieses Jahres bereits 200.000 strafrechtlich relevante Taten gegeben hat In Niederösterreich sei der Anstieg der Straftaten um 9,6% der zweithöchste. Diese Zahl führt Königsberger vor allem auf die schlagartig zunehmende „Ostkriminalität“ zurück. Er bezeichnete den derzeitigen Zustand als Bedrohung der Öffentlichen Sicherheit und verwies darauf, dass es deshalb auch möglich sei, das Schengen Abkommen außer Kraft zu setzen und die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Das

würde auch den Polizisten, denen Königsberger dafür dankte, dass sie unter derart tristen Bedingungen so gute Arbeit leisten, auch die tägliche Auseinandersetzung mit dem Verbrechen erleichtern. Kritik übte Königsberger auch an der ÖVP deren früheren Innenminister Strasser er für den derzeitigen Zustand der Polizei verantwortlich machte. (zu wenig Polizisten zur Verbrechensbekämpfung) Ihm lastete er die Schließung vieler Polizeiposten an, auch die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie sei vollkommen missglückt. Königsberger sagte, dass die Polizisten derzeit mit administrativen Aufgaben derart eingedeckt wären, dass sie gar keine Zeit mehr für die tatsächlichen Aufgaben in der Kriminalitätsbekämpfung haben. Königsberger erneuerte seine Forderungen: Wiedereinführung der Grenzkontrollen bis zu dem Zeitpunkt wo die versprochenen, zusätzlichen mindestens 2000 noch auszubildenden Polizisten wieder einsatzbereit sind. Weiters forderte er keine Gnade für strafbar gewordene Asylwerber und deren sofortige Abschiebung. Abschließend forderte Königsberger ein sofortiges Umdenken in der Prioritätensetzung der Exekutive. Weg von den Verkehrsplanquadranten

und hin zu den Kriminalschwerpunkten.

LAbg. Ing. Huber schilderte anhand der Kriminalstatistik den Ernst der Lage und sprach davon, dass sich die Exekutive mit viel eingewanderter Kriminalität auseinandersetzen muss. Er forderte einen grundsätzlichen Wandel in der NÖ Sicherheitspolitik.

KO Waldhäusl schloss sich inhaltlich seinem Vorredner an und kritisierte ebenfalls die Entwicklung innerhalb der Exekutive, seit die ÖVP dieses Ressort inne hat. Er sagte, dass die Politik in Österreich die Pflicht hätte, alles nötige zu tun, um der Bevölkerung Sicherheit und Schutz zu bieten. Derzeit würde dies aber überhaupt nicht funktionieren. Auch Waldhäusl verwies darauf, dass zahlreiche Polizisten unter widrigen Bedingungen ihren Dienst versehen müssen und bedankte sich für deren Einsatz. Die SOKO-Ost bezeichnete der Klubobmann als zahnlose Alibiaktion, die überhaupt nichts bringe. Er forderte als erste Reaktion auf die ausufernde Kriminalität eine sofortige Wiedereinführung der Grenzkontrollen.

***Als letzter Tagesordnungspunkt folgte der Bericht zur Anfrage des***

**Abgeordneten Kasser an Landesrat  
Dr. Pernkopf betreffend Hochwas-  
ser-Soforthilfe**

[http://www.landtag-  
noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03  
/329/329.htm](http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/329/329.htm)

**Ende der Sitzung 22.30**